



Schwarz auf Weiss aus Berlin

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten



Ausgabe 32/2011

1. Juli 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

am Montag erwartete mich in Berlin das schönste Sommerwetter, das sich aber leider nur bis Mittwoch gehalten hat. Da mein Terminkalender zu Beginn dieser Woche schon wieder randvoll war, hat sich für mein Team und mich nicht wirklich eine Gelegenheit gefunden, die Juni-sonne ein bisschen zu genießen. Entschädigt für die verpasste Sonne wurde ich aber durch sehr viele anregende und interessante Gespräche und Termine, die diese Woche auf meinem Programm standen.

Wie Sie wissen, bin ich auch Mitglied im Petitionsausschuss: so habe ich im Laufe dieser Woche mehr als 50 Petitionen bearbeitet, damit diese noch vor der Sommerpause zur weiteren Bearbeitung wieder zurück an den Ausschuss geschickt werden können. Jeder Bürger hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag zu wenden. Diese werden dann im Petitionsausschuss behandelt. Jedes Jahr gehen fast 20.000 Petitionen ein. Sie können sich also sicherlich vorstellen, dass der Petitionsausschuss für die Abgeordneten und ihre Mitarbeiter recht arbeitsintensiv ist.

Die Petitionen, die Beschwerden über Behörden, den Rentenbescheid oder die Krankenkasse, Vorschläge für Gesetzesänderungen und Initiativen usw. zum Gegenstand haben können, werden zuerst vom Ausschussdienst bearbeitet und für die Abgeordneten vorbereitet. Dazu werden u.a. Stellungnahmen von Ministerien oder Behörden eingeholt und Vorschläge zur weiteren Verfahrensweise gegeben. Es gibt Petitionen, die so umfangreich sind, dass sie drei dicke Aktenordner umfassen, andere wieder sind nicht länger als 15 Seiten. Wobei ich nach mehr als 350 Petitionen, die ich mittlerweile bearbeitet habe, feststellen konnte, dass allein der Umfang einer Petition noch gar nichts über die Qualität des Inhalts aussagt. Es gibt Petitionen, die sehr betroffen machen, weil in ihnen schwere Einzelschicksale geschildert werden.

Petitionen können die Grundlage für eine

neue gesetzliche Regelung sein, weil bspw. nicht beabsichtigte Folgen von Gesetzen durch eine Petition offensichtlich werden. In solchen Fällen überweist der Petitionsausschuss die Petition an die Bundesregierung, die Ministerien und/oder an die Fraktionen im Bundestag zur Berücksichtigung. Und es gibt die Petitionen zum Schmunzeln, wenn z.B. gefordert wird, alle Autos gelb zu streichen, um die Wirtschaft anzukurbeln oder alle Sprachen abzuschaffen und eine Kunstsprache für die ganze Welt einzuführen.

Meine Mitarbeiterinnen erarbeiten in sitzungsfreien Wochen Entscheidungsvorlagen für die Petitionen, bei denen ich Berichterstatterin bin und faxen mir diese in den Wahlkreis. Ich arbeite mich dann zu Hause intensiv in die Petition ein. In Berlin wird dann noch mal intensiv über die eine oder andere Petition mit Kollegen aus den jeweiligen Fachausschüssen beraten oder ergänzende Stellungnahmen von Ministerien erbeten, bevor ich mein Votum, wie es mit der Petition weitergehen soll, abgebe. Jede Petition wird immer mindestens zwei Berichterstattern zugeteilt, so dass sowohl die Regierungsfractionen als auch die Opposition immer einen Berichterstatter haben. Über die Petitionen abgestimmt wird dann jeweils am Mittwoch früh ab 8 bzw. 7.30 Uhr im Petitionsausschuss. Erst diese Woche hat der Ausschuss eine Petition zur Berücksichtigung an die Bundesregierung und die Fraktionen überwiesen, die mir sehr am Herzen liegt: Der Petitionsausschuss unterstützt die Forderung der Petenten, auch tot geborene Kinder unter 500 Gramm in das Personenstandsregister einzutragen. Bisher werden diese Kinder nicht aufgenommen und haben damit, rechtlich gesehen, nie existiert. Darunter leiden die Eltern häufig ein Leben lang. Auch wenn der Petitionsausschuss sehr arbeitsintensiv ist, so habe ich es dennoch noch nie bereut, dort Mitglied zu sein, denn man kann im Petitionsausschuss sehr viel für die Menschen erreichen.

Mit herzlichen Grüßen

Sabine Weiss



In dieser Ausgabe:

- Brief an die Leser
- Gespräch mit der Philippinischen Justizministerin
- Im Plenum
- Daten und Fakten

Impressum:
Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720
Telefax: 030/227-76720
E-Mail:
sabine.weiss@bundestag.de

Sabine Weiss traf sich am 28. Juni mit Frau Leila de Lima, Justizministerin der Republik Philippinen (3.v.l.)



Gemeinsam führten sie ein Gespräch zum Thema Menschenrechte auf den Philippinen. Dieses Thema konnte am heutigen Freitag noch deutlich vertieft werden, da mehrere Mitglieder des Aktionsbündnisses „Menschenrechte – Philippinen“ Abgeordnete des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung besuchten. Unter der Moderation von Sabine Weiss fand unter den Teilnehmern ein gut einstündiger, intensiver Informations- und Meinungsaustausch statt.



Im Plenum

In zweiter und dritter Lesung stand in dieser Woche die Beschlussfassung des umfangreichen **energiepolitischen Gesetzespaketes** an.

Den **70. Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion** am 22. Juni haben wir zum Anlass für eine Debatte genommen, in der wir den Blick nicht nur auf die Schrecken der Vergangenheit, sondern auch auf die Chancen der Zukunft zwischen Deutschland, der Europäischen Union und Russland richten werden.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise** fordern wir die Bundesregierung auf, bei der effektiven Regulierung der Finanzmärkte weiterhin konsequent und mit Augenmaß vorzugehen und dauerhaft für ein stabileres und widerstandsfähigeres Finanzsystem zu sorgen. Auch muss die Einhaltung neuer regulatorischer Vorgaben aufgrund bereits beschlossener Reformvorhaben überwacht und im Hinblick auf die angestrebten Regulierungsziele regelmäßig überprüft werden. Der Antrag gibt zudem die Richtung für notwendige zukünftige Regulierungsinitiativen vor.

Wir debattierten in dieser Woche die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID)**. Das bisherige Mandat läuft am 15. August 2011 aus. Ob auch die Operation UNMIS vom Sicherheitsrat verlängert wird, ist angesichts der Spaltung des Sudans, die sich mit der Unabhängigkeitserklärung des Südsudans am 9. Juli 2011 vollziehen wird, noch offen.

Daten und Fakten

Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt deutlich zu. Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen in Deutschland hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen stieg zwischen 2000 und 2009 von 37% auf 56% und damit so stark wie in keiner anderen Altersgruppe. Nach Erreichen des 65. Lebensjahres waren in Deutschland noch 4% der Bevölkerung erwerbstätig. Im EU-weiten Vergleich verzeichnete 2009 auf der Basis von Eurostat-Informationen Schweden mit 70% die höchste Erwerbstätigenquote unter den 55- bis 64-Jährigen. In der EU insgesamt lag die Quote bei 46%. Die über 65-Jährigen nahmen am häufigsten in Portugal (17%), Rumänien (14%) und Schweden (12%) am Erwerbsleben teil. Der EU-Durchschnitt lag bei 5%. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Reallöhne steigen im ersten Quartal um durchschnittlich 2%. Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, sind im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum ersten Quartal 2010 um durchschnittlich 2% gestiegen. Der kräftige Anstieg der Bruttomonatsverdienste zum Jahresbeginn 2011 erstreckte sich auf fast alle Wirtschaftszweige. Je nach Branche gab es dafür jedoch unterschiedliche Gründe: So nahm im Verarbeitenden Gewerbe die Zahl der Kurzarbeiter weiter ab und im Bereich der Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung erhielten Beschäftigte im ersten Quartal 2011 hohe tarifliche Einmalzahlungen. Ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer verdiente in Deutschland im ersten Quartal 2011 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 3.264 Euro brutto im Monat. Die höchsten Durchschnittsverdienste erzielten die Beschäftigten in der Energieversorgung (4.322 Euro), bei Banken und Versicherungen (4.315 Euro) sowie im Bereich Information und Kommunikation (4.299 Euro). Der niedrigste durchschnittliche Bruttomonatsverdienst wurde im Gastgewerbe (1 951 Euro) gezahlt. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Hartz-IV-Empfänger erreichen häufig nur unsichere Jobs. Im Jahr 2008 haben über eine Million Hartz-IV-Empfänger eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen. Nur 55 Prozent dieser Jobs dauerten länger als sechs Monate. Fast die Hälfte der Beschäftigten musste zusätzlich Hartz-IV-Leistungen beziehen, weil ihr Verdienst ihren Lebensunterhalt nicht decken konnte. Jobs, die für Hartz-IV-Empfänger erreichbar sind, sind häufig instabil und nur als Aushilfe auf kurze Zeit angelegt. Stabiler waren die Jobs, die auch gleichzeitig den Bezug von Hartz-IV-Leistungen überflüssig machten. Aber nur 56 Prozent der Hartz-IV-Empfänger, die eine Vollzeitstelle annahmen, konnten mit ihrer Stelle die Bedürftigkeit überwinden. Entscheidend ist neben der Lohnhöhe auch die Anzahl der Personen, die mitversorgt werden müssen. So schafften zwei Drittel der Alleinstehenden den Sprung aus der Bedürftigkeit, während es bei Alleinerziehenden und Paaren mit Kindern nur gut ein Drittel waren. Insgesamt werden Leistungsempfänger dort überproportional eingestellt, wo tendenziell niedrigere formale Qualifikationsanforderungen bestehen. Ein Fünftel der Arbeitsaufnahmen fanden dementsprechend in der Leiharbeit statt. Niedrig bezahlte und auf kurze Dauer befristete Jobs führen dazu, dass Aufstocker zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit wechseln, und dabei weiterhin von Hartz-IV-Leistungen abhängig bleiben. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)